

# Mangel an Brotgetreide?

Man schreibt uns:

Die Gegenwart kommt aus dem Schrecken nicht heraus. Waren die letzten Wochen erfüllt von der Furcht vor der immer wieder in den schwärzesten Farben geschilderten kommenden Robbennot, so taucht neuerdings eine zweite, gleich schlimme Gefahr auf. Es ist nämlich unvorhergesehen die Rede von dem Zusammenbruch der Brotversorgung.

In den letzten Tagen hat das Reichs Ernährungsamt bekanntlich erklärt, daß infolge der Freigabe des Hafers die Brotversorgung der Bevölkerung aufs höchste gefährdet sei. Da Hafer, seitdem er aus der Zwangs-bewirtschaftung entlassen ist, eine Preisaufwärtsbewegung durchmacht — wie anscheinend alle Dinge, die dem freien Handel wieder zugänglich werden —, so wird eben Hafer nach Ansicht der Regierungsstellen mit aller Macht ausgedrückt, um ihn zu den teuren Preisen loszuschlagen zu können, während das Brotgetreide unausgedrückt liegen bleibt. So stellt sich bei unvorbereiteter guter Ernte ein Mangel an Brotgetreide heraus. Um Abhilfe zu schaffen, sollen Prämien für das Ausdrücken des Brotgetreides gezahlt werden, und zwar 150 Mark für die Tonne. So viel brachte die Tonne Roggen vor dem Krieg im ganzen. Die Prämien aus Reichsmitteln würden für die nächsten zwei Monate etwa 200 Millionen Mark ausmachen.

Die Deutsche Tageszeitung, das Organ des Bundes der Landwirte, führt dagegen als Grund für die mangelhafte Ablieferung von Brotgetreide den Verlust der Provinz Posen und der Weichselgebiete Westpreußens an. Die Landwirte seien gezwungen, ihr wirtschaftliches Interesse wahrzunehmen. Das Blatt läßt das Verhalten an der Zwangswirtschaft für ein gefährliches Spiel.

Mittlerweile ist der Hafer, für den bekanntlich ein einmündiges Verbot erlosch, riesig im Preise gestiegen, etwa die Tonne um 180 Mark, trotzdem man von einer Refordernte spricht. Der diesjährige Ertrag wird auf acht Millionen Tonnen geschätzt. Aber auch bei anderen Produkten entwickelten sich nach ihrer Übergabe an den freien Handel riesige Preissteigerungen. Bei Hülsenfrüchten stellten sich dem Friedenspreis von 13 Mark Preise von 140 Mark, 150 Mark, ja 170 Mark gegenüber. Viele Getreidehändler sollen sich bereits weigern, dies weiter mitzumachen, zum Teil vielleicht aus dem Grunde, weil sie die Strafbestimmungen über Bucher- und Kettenhandel fürchten.

## Verhandlungen in Berlin.

In Berlin haben mittlerweile Verhandlungen zwischen der Reichsgetreidebehörde und den landwirtschaftlichen Organisationen zwecks besserer Versorgung der Reichsgetreidebehörde mit Brotgetreide stattgefunden. Dem Vornehmen nach nahmen die Verhandlungen zunächst teilweise einen recht günstigen Verlauf, da die gegenseitlichen Meinungen der Landwirte und der Behörde hart aufeinander prallten. Die Vertreter des Landbundes verhielten sich gegenüber den angeforderten Maßnahmen der Reichsgetreidebehörde ablehnend. Von dieser Seite wurde offen ausgedrückt, daß man den baldigen Zusammenbruch der Zwangswirtschaft in Getreide beklammert. Die Regierungsvertreter wiesen demgegenüber darauf hin, daß dieser Zusammenbruch zwar unvermeidlich sei, wenn die Anlieferungen von Brotgetreide sich nicht wesentlich vergrößerten, was bekanntlich durch die Lieferungsprämie und das Haferverbot erreicht werden soll, andererseits gaben sie aber auch zu verstehen, daß der Zusammenbruch der Zwangswirtschaft die Gefahr des Bolschewismus für das Land heraufbeschwöre. Die Vertreter der Bauernschaft setzten mehr entgegenkommen und vertragen, für eine stärkere Ablieferung von Brotgetreide unter ihren Berufsangehörigen einzutreten.

Schließlich wurde die Einlegung einer Kommission aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher beschlossen, zur Prüfung der Frage, ob die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft in Getreide notwendig und möglich ist und inwieweit ein Abbau vorgenommen werden soll. Aus den Kreisen des Handels wurde eine baldige Aufhebung des Haferverbotes befürwortet.

## Die Kartoffelversorgung.

Zu den Problemen, die der Übergang von der Zwangswirtschaft zum freien Handel somit aufwirft, tritt neuerdings auch die Kartoffelfrage. Der Kartoffelgroßhandel verlangt ebenfalls den Abbau der gebundenen Wirtschaft, vertritt allerdings dabei, die Kartoffelhändler würden in der Lage sein, den Verbrauchern ausreichende Mengen von Kartoffeln zum Preise von 9 bis 10 Mark den Sack zur Verfügung zu stellen.

Das klingt nicht übel, zumal augenblicklich die Kartoffeln höher, mit 15 Mark, bezahlt werden müssen. Eine andere Frage ist es, ob die Händler das Verprechen der Preisermäßigung auch halten und ob sie Garantien in dieser Richtung liefern können. Denn vorläufig weiß man über den Ausfall der demnächstigen Ernte noch nichts. Die bisherigen Erfahrungen in den kurzen Wochen des Abbaus der Zwangswirtschaft erwecken gerade keine rosigten Hoffnungen.

Jedenfalls scheint das schwergeprüfte deutsche Volk immer wieder vor neue Abstände gestellt zu werden und der Tag, an dem es seines Lebens auch nur in dürftigster Weise froh werden könnte, ist in unabsehbarer Ferne gerückt.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

Zur Verminderung unserer Wehrmacht. Nach den halbamtlichen Berichten sollte der Reichswehrminister Roßke in Darmstadt mitgeteilt haben, die Entente habe ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Verabminderung der deutschen Wehrmacht auf 200.000 Köpfe erst im nächsten Frühjahr zu erfolgen brauche. Nunmehr wird festgestellt, daß Herr Roßke nur erklärt hat, im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung müsse ein solcher Aufschub von der Entente verlangt werden.

Zu dem Beamteneid hat der Beamtenausschuß der deutsch-nationalen Volkspartei eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Durch die neue Reichsverfassung wird den Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung ausdrücklich gewährleistet. Es würde eine flagrante Verletzung dieser uns angeführten Grundrechte bedeuten, wenn man uns durch die Eidesformel über die „gewissenhafte Beobachtung der Verfassung“ hinaus weitergehende Verpflichtungen auferlegen und die Freiheit der politischen Gesinnung beschränken wollte. Wir deutsch-nationalen Beamten erklären deshalb, daß wir den von uns verlangten Eid leisten werden, aber nur in dem Sinne, daß wir uns zur gewissenhaften Beobachtung der in der Verfassungsurkunde niedergelegten Bestimmungen verpflichten. Insbesondere behalten wir uns durchaus das Recht vor, im Rahmen der durch die Verfassung gegebenen Möglichkeiten andere staatliche Zustände zu erstreben.

„Materrepublik Danzig“. Aus Danzig wird gemeldet, daß die Kommunisten und die unabhängigen Sozialdemokraten noch vor Proklamierung des Freistaates das Räteplenum einführen wollten. Nur die Befürchtung, die Entente könnte Danzig belegen, und die Erregungen der Revolution könnten auf diese Weise wieder verlorengehen, ließen sie davon Abstand nehmen. Unter den Arbeitern wird von den Kommunisten stark agitiert. Sie wollen durchaus eine Räteregierung einleiten. Die Mehrzahl der Arbeiter sieht aber diese Bestrebungen ablehnend gegenüber. Vom Generalkomitee und Parteiverwaltung sieht man augenblicklich jedoch ab, weil man fürchtet, daß bei etwaigen Unruhen die Entente sofort Danzig besetzen wird.

## Ungarn.

Wie die Kommunisten hausten! Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß die Kommunistenführer nach ihrem Sturz Auslandsdala und altes Geld der Österreichisch-Ungarischen Bank im Gesamtwerte von 25 Millionen Kronen auf ihrer Flucht nach Österreich mitgenommen haben.

## Frankreich.

Die Alliierten und Rumänien. Nach dem „Echo de Paris“ hat der Oberste Rat der Alliierten die Lage geprüft, wie sie durch das lange Stillstehen Rumänien entstanden ist, das noch auf keine Note geantwortet hat, die ihm zugestellt wurde. Das Rat glaubt zu wissen, daß ernste Maßnahmen in Aussicht genommen sind, insbesondere der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

## Amerika.

Wilson und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Präsident Wilson hat in einer völlig unerwarteten Botschaft an die Nation mitgeteilt, daß er so schnell wie möglich eine Konferenz von Vertretern zusammenberufen werde, damit sie gemeinschaftlich durchgreifende Maßnahmen erörtern können, die eine entscheidende Besserung des ganzen von Grund auf neu aufzubauenden Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit schaffen.

# Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitergebnisse.

- \* In ihrer Antwort auf das Ultimatum der Entente erklärte die deutsche Regierung eine Änderung der Reichsverfassung für unnötig.
- \* In Köln haben Beratungen mit den Ententevertretern begonnen, um die tägliche Rückbeförderung von 10.000 Soldaten zu ermöglichen.
- \* Die gesamte Arbeiterschaft im Elsaß droht angesichts der geplanten Ausweitung von deutschen Arbeitern durch die Franzosen mit dem Generalstreik.
- \* Als letzten Termin für Ablieferung von Frühgemüse hat der 9. September.
- \* Die russische Regierung hat sich an die estnische Regierung mit Friedensvorschlägen auf Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands gewandt.
- \* Die russischen Bolschewisten verbreiten die Nachricht, sie seien wieder zurückgekehrt und Tobolsk genommen zu haben.
- \* Auf den apostrophischen Ministerpräsidenten ist in Italien ein Bombenanschlag verübt worden. Er ist unverletzt.

Berlin. In unterrichteter Stelle will man wissen, daß die Steintiner Arbeiterschaft sich auf einen neuen Generalstreik vorbereitet. Es sollen Lohnforderungen als Grund geltend gemacht werden, in Wirklichkeit handele es sich um politische kommunistische Ziele.

Braunschweig. Die frühere Herzogin Viktoria von Braunschweig, die Tochter Kaiser Wilhelm, ist von einem gefunden Knaben entbunden.

Kopenhagen. Ludendorffs Kriegserinnerungen sind in norwegischer und dänischer Sprache erschienen und gleich am ersten Erscheinungstage vollständig ausverkauft worden. Die Wälder widmen der Neuerfindung seitens Wäldigungen.

Luano. General Cadorna und fünf seiner Untergeblichen wurden auf Grund der Untersuchung wegen des Zusammenbruchs der italienischen Flotte bei Karfreitag in Italien verhaftet.

London. Ganz Montenegro befindet sich in revolutionärem Zustand gegen die Serben. Die zur Unterdrückung des Aufstandes gelandeten serbischen Truppen mußten sich zurückziehen. In Serbien selbst sind kommunistische Aufstände ausgebrochen.

# Soziales Leben.

Der teure Winteranzug. Aber die Versorgung der Bevölkerung mit Textilien wird von ausländischer Seite mitgeteilt: Im kommenden Winter werden gewisse Textilien, namentlich nach Auflösung der Seereschiffahrt, vorhanden sein, die Preise werden aber immer noch sehr heftig hoch sein. Ein Reichsausschuß zur Senkung der Textilpreise ist nicht geplant. Die Preise für Textilien bei der Nachricht von größeren Lagern weißlich als Rheinlands sanken. Steigen allmählich, da auch die ausländischen Textilien nicht billig sind. Selbst wenn genügend Rohstoffe im Winter eingeführt werden, ist der Höhe der Produktionskosten eine Verminderung der Preise kaum zu erwarten. Für die minderbemittelte Bevölkerung ist für den kommenden Winter mit einem Kleidermangel zu rechnen. Für diese Kreise sollen aus Seereschiffen zur Verfügung gestellt werden. Die unter 4000 Mark Einkommen verbleiben, also nicht früher, in erster Linie Industriearbeiter, sondern Bauern, Handwerker und Beamtenkinder.

Letzter Termin für Frühgemüse. Die Entente Frühgemüse kann im wesentlichen als beendet gelten. Die für Frühgemüse festgelegten Höchstpreise sind daher in gütig gemeint. Davor fürchtete sich Josephine nicht. Die Hauptfrage gegenstandslos geworden. Die formelle Erhebung der Höchstpreise für Erbsen, Bohnen und Radieschen wird in Kürze erfolgen. Das Ende der Frühgemüseernte wirkt auch auf die Frühgemüselieferungsverhältnisse ein. Nach § 3 der Verträge hat der Erwerber das Frühgemüse sofort nach der Aberntung abzugeben. Bei nicht abgabener Ernte nach nicht erfüllten Verträgen müssen die Lieferanten daher die Ware baldigst anbieten, wenn die Lieferungen als solche von Frühgemüse angesehen werden sollen. Um zur Abgrenzung des Früh- und Sommergemüses einen festen Anhalt zu schaffen, legt die Reichsregierung für Gemüse und Obst den 9. September 1919 als allgemeinen Zeitpunkt fest, bis zu dem das Frühgemüse seitens der Abnehmer den Erwerbern zwecks Abnahme geboten sein muß.

# Sklaven des Goldes

Roman aus dem Frauenleben von Käthe Langenmant.

11) (Nachdruck verboten.)

Der rüstige, unternehmungslustige Joseph Sparrwenzel überlebte seinen Fabrikdirektor nicht lange. Nach seinem Tode gehörten die ausgedehnten, ertragreichen Werke seiner Tochter Josephine. Die beiden anderen erbte ein großes Stück Geld; die Hauptsache war der Älteste bestimmt.

Josephine wollte die Fabrik weiterführen. Es schien ihr unmöglich, das Lebenswerk ihres Vaters an andere Leute zu geben, und sie war wohl befähigt, einen so großen Betrieb zu leiten. Doch wünschte sie, daß ihr Schwager seine militärische Laufbahn jetzt aufhabe, um ihr hilfreich zur Seite zu stehen.

Seine Kinder würden — noch menschlichem Erweisen — die reichen Früchte dieser Arbeit einmal genießen. Darum fand Josephine es recht und billig, daß der Vater mitarbeitete.

Als sie ihm diesen Wunsch mitteilte, kurz und sachlich, wie es ihre Art war — so daß der Wunsch mehr einem Befehl gleich — schlug er ihr ihr lachend ab.

Er dachte gar nicht daran, von Buchfeld wegzugehen. Sein Beruf wolle er auch nicht aufgeben. Josephine sollte sich einen Sklaven suchen, wo sie wolle. Das Leben, das der arme Kolthar geführt habe, erschien ihm keineswegs beneidenswert.

Josephine war über diese Antwort empört. Aber zwingen konnte sie ihren Schwager nicht, und als sich bald darauf eine günstige Gelegenheit zeigte, die Sparrwenzelschen Werke an eine kapitalkräftige Gesellschaft zu verkaufen, änderte sie ihren ersten Entschluß und gab die väterliche Fabrik in fremde Hände. Aber es wurde ihr schwer und sie tat es mit tiefem Groll gegen den Schwager.

In der unruhigen und aufregenden Zeit, die der Verkauf und die Übergabe der Geschäfte mit sich brachte, wurde Pauline wieder von ihrem Nervenleiden befallen

und, da die Großkern nicht mehr am Leben waren, mußte sie in eine Anstalt gebracht werden.

Josephine fühlte sich daher ganz vereinsamt. Keine Arbeit und niemand, für den sie sorgen mußte — das war ein unerträglicher Zustand.

Sie mußte etwas unternehmen. Eine große Reise zu machen, war vielleicht das Beste. Viele Menschen reisen, wenn sie nichts anderes zu tun haben. Warum sollte sie es nicht auch tun?

In diese Überlegungen hinein kam ein Brief von Kläre aus Buchfeld, der Josephine zu denken gab.

Kläre schrieb nicht oft, und wenn einmal ein Brief von ihr kam, war es meistens nur ein kurzer Dank für eine Besorgung oder ein Geburtsdagsglückwunsch. Diesmal war's ein langer Brief mit allerlei Klagen über die schlechten Seiten.

Josephine las den Brief aufmerksam ein paarmal durch. War da zwischen den Zeilen nicht zu lesen, daß in Kläres Häuslichkeit etwas nicht in Ordnung war? Sollte Kläre wirklich einmal ernstlich krank sein? Gesagt und über ihr Befinden gekündet hatte sie ja immer. Oder sollte etwa der Herr Schwager Grund zu Bestimmungen gegeben haben?

Josephines Mittrauen erwachte plötzlich. Sie erkundigte sich unauffällig und fand dann auch, daß Adalbert in der letzten Zeit auffallend viel Geld verbraucht hatte.

Das gab ihr zu denken, und da sie sich nach des Vaters Tod als Familienhaupt fühlte, hielt sie es für notwendig, selbst einmal nach dem Rechten zu sehen.

Adalbert wollte nicht von Buchfeld weg, so hatte er vor kurzem erklärt. Dann würde sie zu ihm kommen. Sie war jetzt vollständig ungebunden, konnte wohnen wo sie wollte, was hinderte sie, auf einige Zeit nach Buchfeld zu gehen?

Sie ließ in aller Stille ein Haus in Buchfeld kaufen und beschloß, dorthin übersiedeln, um ihrer Schwester mit Rat und Tat nahe zu sein.

Daß ihr Schwager von dieser Tatsache nicht gerade angenehm überrascht sein würde, wußte sie ganz genau.

Aber das schadete nichts. Im Gegenteil. Die Werke, die sich nach dem Verkauf der Fabrik lösen ließen, konnte durch einen tüchtigen Familienbeamten besorgt werden. Davor fürchtete sich Josephine nicht.

Und Adalbert erwiderte es, daß man ihn einmal gründlich auf die Finger sah.

Das großartige Einkommen, das er als Rittergutsbesitzer seiner Schwägerin hätte beziehen sollen, war ihm nun gütig gemein. Ladend hatte er es zurückgewiesen. Jetzt kam er mit allerlei Forderungen.

Nicht etwa mit Bitten. Die hätte man vielleicht erfüllen können. Nein, mit Forderungen, und zu denen hatte er kein Recht.

Es war doch undenkbar, daß Kläres Vermögen die Bedürfnisse der Familie nicht ausreichte. Die Bücher waren klein, nur ein einziges Lötchen war von dem verstorbenen früh verstorbenen Kindern übriggeblieben. Die Geringfügigkeit wurde bei Senzles nicht geachtet, dazu Frau Kläre zu kränzlich — oder zu bequem, wie man sagte.

Wozu brachte Adalbert so viel Geld? Da er wieder spielte? Das argwöhnte die kluge Schwägerin freilich schon lange, und der Argwohn wurde zur Gewissheit, als sie nach der Beendigung ihrer Geschäfte Senzles erfuhr.

Sie hatte vorläufig nur von einem Besuch in Buchfeld gesprochen und die geplante Übersiedlung noch gar nicht erwähnt, denn sie wollte den Schwager erst in aller Ruhe beobachten.

Sie merkte sehr bald, daß ihr Argwohn berechtigt war, und als sie ihrer Sache ganz sicher war, redete sie mit ihm ein deutliches Wort, wie sie es selbst nannte.

Das Spielen mußte aufhören. Das müßte er sich sagen lassen. Und daß er sein Wort hielt, dafür würde sie sorgen. Sie würde genau aufpassen. Und wenn Kläre schwach sei, ihn zu beeinflussen, ihr würde es gelingen, dessen dürfte er sicher sein.

(Fortsetzung folgt.)

